

# EU-Nachrichten 17 2016

## KURZ & KNAPP

### **CETA** 3

EU und Kanada besiegeln Handelspakt

### IM FOKUS

### **OPAL-Gaspipeline** 5

EU ändert Auflagen für Gazprom

### **Weltraumstrategie** 6

Daten aus dem All besser kommerziell nutzen

## NEUE ZUSTÄNDIGKEIT

### **Oettinger übernimmt Haushalts-Portfolio**

Vizepräsidentin Kristalina Georgieva verlässt die EU-Kommission und wird Exekutivdirektorin bei der Weltbank. Georgievas Portfolio Haushalt und Personal soll Günther Oettinger übernehmen, der bisher für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft zuständig ist. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker begründete seine Entscheidung damit, der deutsche Kommissar sei nach den Vizepräsidenten der ranghöchste und dienstälteste Kommissar.

Juncker sagte weiter: „Oettinger verfügt über ausgiebige politische Erfahrung sowie gute Netzwerke und Kontakte im Europäischen Parlament, in den Mitgliedstaaten sowie in die europäische Regionen. Ich habe deswegen volles Vertrauen in seine Professionalität, seine Fähigkeiten und Erfahrungen, um diese neue Verantwortung zu übernehmen.“ Der Wechsel findet spätestens zum Jahresende statt.

Statement von Juncker



Mit ihren Reformvorschlägen will die EU-Kommission steuerliche Hemmnisse im Binnenmarkt beseitigen.

## UNTERNEHMENSBESTEUERUNG

### **Steuersystem soll fairer und einfacher werden**

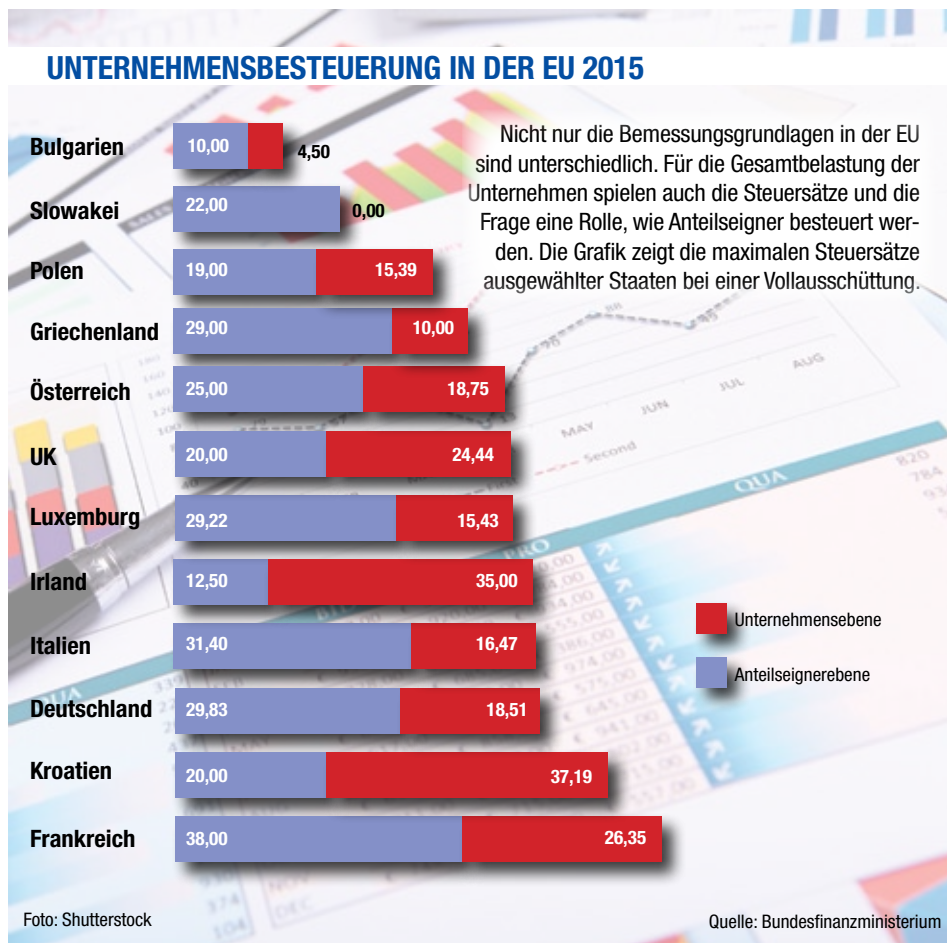
Das Wachstum in der EU fördern und Steuervermeidung und Gewinnverlagerung von Unternehmen einen Riegel verschieben: Diese beiden wichtigen Ziele will die EU-Kommission mit einer tiefgreifenden Reform der Unternehmensbesteuerung erreichen. Dazu legte sie neue Vorschläge für eine „gemeinsame konsolidierte Körperschafts-Bemessungsgrundlage“ (GKKB) vor.

> Die Kommission hat frühere Vorschläge von 2011, die bei den EU-Finanzministern nicht die nötige einstimmige Unterstützung fanden, überarbeitet und um Anreize erweitert, die Investitionen stimulieren und Unternehmen viel Mühe und Kosten ersparen sollen. „Es handelt sich um einen neuen Schritt zu Transparenz und um eine Revolution der Besteuerung insgesamt“, sagte EU-Wirtschafts- und Steuerkommissar Pierre Moscovici.

Die grenzüberschreitend tätigen Unternehmen in der EU würden mit der GKKB einheitliche Regeln bekommen, so dass sie nicht mehr mit bis zu 28 unterschiedlichen Steuersystemen zu tun hätten. Die Höhe der Steuersätze bestimmen die Mitgliedstaaten weiterhin selbst.

Vereinheitlicht würden aber die Vorschriften, welche Unternehmenswerte in welcher Höhe wie lange abgeschrieben werden können, welche Gewinne besteuert und welche Ausgaben abgesetzt werden dürfen. Dadurch würden bereits sehr viele Gründe entfallen, Gewinne in andere Mitgliedstaaten zu verschieben, um dort bessere Konditionen auszunutzen. Moscovici sieht darin ein „zeitgemäßes“ und „solides“ Steuersystem, das „den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht“. Angesichts der öffentlichen Forderungen nach mehr Investitionen und mehr Steuergerechtigkeit würden die Mitgliedstaaten „kaum Argumente finden, um die Annahme der GKKB zu verhindern oder zu verzögern“, sagte der Kommissar.

>>



Mitgliedstaaten mit höherer Steuerlast üppige Rechnungen für Zulieferungen oder Dienstleistungen aus oder für die Gewährung von Marken- und Patentrechten, und schon verschieben sich große Teile des Konzerngewinns in das Niedrigsteuerland. Bei einer EU-weiten Konsolidierung der Gewinne und Verluste würde die Bedeutung der konzerninternen Verrechnungspreise entfallen.

#### Steuerrabatte für Forschungsausgaben

Die Investitionen in der EU könnten durch das neue Steuersystem um 3,4 Prozent zunehmen. Das will die Kommission auch durch großzügige Regeln für Forschungs- und Entwicklungskosten erreichen. Alle Unternehmen sollen diese Kosten mindestens in voller Höhe von der Steuer absetzen können. Bei Forschungsausgaben bis zu 20 Mio. Euro kann zusätzlich die Hälfte abgesetzt werden, für höhere Summen noch einmal ein Viertel. Start-Up-Firmen sollen sogar das Doppelte ihrer Forschungskosten von der Steuerlast abziehen dürfen.

Weiterhin will die Kommission erreichen, dass die EU-Unternehmen Investitionen nicht so stark wie bisher durch Kredite finanzieren. Stattdessen sollen sie mehr eigenes Kapital ins Unternehmen stecken und sich Geld am Kapitalmarkt besorgen, etwa durch die Ausgabe von Unternehmensanleihen. Die Kommission schlägt vor, dass auch der Anteil von Beteiligungskapital über zehn Jahre hinweg nach bestimmten Regeln von der Steuerschuld abgezogen werden darf. (frh) >

#### Umfassende Unternehmenssteuerreform

##### Doppelte Besteuerung

Trotz etlicher Doppelbesteuerungsabkommen streiten sich EU-Staaten häufig, wer welchen Teil des Gewinns eines Unternehmens besteuern darf. Für Firmen ist das Risiko doppelter Besteuerung ein großes Hindernis im internationalen Geschäftsverkehr. Derzeit sind in der EU rund 900 Streitfälle bekannt, bei denen es insgesamt um schätzungsweise 10,5 Mrd. Euro geht. Die Kommission schlägt ein neues Schlichtungsverfahren vor. Werden sich Mitgliedstaaten nach zwei Jahren nicht einig, hätten die Unternehmen Rechtsanspruch auf Einsetzung eines unabhängigen Schlichtungsausschusses, der innerhalb von sechs Monaten eine Entscheidung trifft.

#### >> In zwei Schritten zum Ziel

Ein Unterschied zum früheren Vorschlag ist, dass die Kommission nun ein zweistufiges Verfahren vorschlägt. Zunächst soll die gemeinsame Bemessungsgrundlage beschlossen werden, so dass Finanzämter und Unternehmen rasch in den Genuss der oben beschriebenen Vorteile kommen. Moscovici sieht das als konsensfähig an und strebt die Einführung zum 1. Januar 2019 an.

In einem zweiten Schritt soll dann – möglichst bis Jahresbeginn 2020 – die Möglichkeit zur Konsolidierung von Gewinnen und Verlusten eingeführt werden, wodurch die GKKB ihr volles Potenzial entfalten würde. Dann könnten Konzerne die Gewinne und Verluste aller ihrer in verschiedenen EU-Staaten tätigen Tochterunternehmen miteinander verrechnen und müssten nur noch eine einzige Steuererklärung in dem Land abgeben, wo sie ihren Hauptsitz haben. Das dortige Finanzamt würde dann zusammen mit den anderen betroffenen Finanzämtern festlegen, welcher Anteil der Steuerschuld in welchem Mitgliedstaat versteuert wird – nach den dort national festgelegten Steuersätzen. Für die Aufteilung der Steuerschuld sollen drei gleichwertige Faktoren eine Rolle spielen:

- > Die Sachanlagen des Unternehmens im jeweiligen Land (etwa Gebäude und Maschinen)
- > Die Zahl der Mitarbeiter und die Lohnsumme im jeweiligen Land
- > Der Umfang der verkauften Waren oder erbrachten Dienstleistungen im jeweiligen Land

An einer Konsolidierung sind grenzüberschreitend tätige Firmen wie die Lufthansa stark interessiert. „Wir haben Gewinne in Deutschland und Verluste in einem anderen europäischen Staat. Und derzeit können wir die nicht miteinander verrechnen“, sagte Christian Lehmann, Direktor für Unternehmensbesteuerung bei der Lufthansa. Der Weg mit der GKKB über ein einziges Finanzamt brächte dagegen eine „One-Stop-Shop“-Lösung und überlasse alles weitere den Finanzbehörden. „Und so sollte es auch sein“, sagte Lehmann.

Für die Mitgliedstaaten wäre die Konsolidierung ein großer Schritt zu dem Ziel, ihren fairen Anteil an den Unternehmensgewinnen zu bekommen. Denn über zwei Drittel aller Gewinnverlagerungen erfolgen laut Kommission über Verrechnungspreise. Beispielsweise stellt ein Tochterunternehmen in einem Land mit niedrigen Steuersätzen Töchtern in anderen

## HANDELSPAKT IN BRÜSSEL UNTERSCHRIEBEN

**EU und Kanada besiegeln CETA**

Das Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada ist unterzeichnet. Beim 16. EU-Kanada-Gipfel am 30. Oktober in Brüssel schlossen beide Seiten außerdem ein weiteres Abkommen über eine strategische Partnerschaft, um in außenpolitischen Bereichen wie Frieden und Sicherheit in der Welt, wirtschaftliche und nachhaltige Entwicklung sowie Freiheit, Sicherheit und Recht intensiver zu kooperieren. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärte in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem kanadischen Premierminister, Justin Trudeau, und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk: „Heute haben die Menschen in Kanada und der Europäischen Union ein neues Kapitel ihrer Beziehungen aufgeschlagen. Für mehr als eine halbe Milliarde Menschen auf beiden Seiten des Atlantiks eröffnen sich neue Chancen. Dies bedeutet für viele Menschen neue und bessere Arbeitsplätze.“

Auch Handelskommissarin Cecilia Malmström begrüßte die Unterzeichnung des wegweisenden Handelsabkommens, das Standards für alle weiteren Handelsabkommen der EU setzen wird. „In den letzten Jahren haben wir mit viel Engagement eine leidenschaftliche europäische Debatte über Handel geführt. Das ist wichtig, denn es hilft uns, unsere EU-Handelspolitik zu verbessern.“ Das Ratifizierungsverfahren ist jetzt angelaufen. Als nächstes wird sich nun das Europäische Parlament mit dem Vertrag sowie den ergänzenden Erklärungen befassen.

■ [Das EU-Kanada-Abkommen im Wortlaut](#)



## AUSNAHMEREGLUNGEN

**Verlängerung der Grenzkontrollen empfohlen**

Deutschland und vier andere Länder sollen bestimmte Grenzabschnitte zu ihren Schengen-Nachbarstaaten zunächst weiter kontrollieren können. Die EU-Kommission hat eine Verlängerung der am 12. November auslaufenden Ausnahmeregelungen um drei Monate empfohlen. Die Mitgliedstaaten sollen monatlich über die Kontrollen und deren Notwendigkeit Bericht erstatten. Die außergewöhnlichen Umstände, die zur Einführung der zeitweiligen Grenzkontrollen geführt haben, seien weiterhin gegeben, erklärte die Kommission. Die Zahl ankommender irregulärer Migranten sei zwar deutlich zurückgegangen, in Griechenland hielten sich aber weiterhin viele Geflüchtete auf. Gleiches gelte für Staaten, in die besonders viele Migranten aus Griechenland weitergezogen seien.

Die Verlängerung der Kontrollen gilt für die deutsche Grenze zu Österreich, die österreichischen Grenzabschnitte zu Ungarn und Slowenien sowie für Dänemarks Kontrollen an der Grenze zu Deutschland sowie in den Häfen mit Fährverbindung nach Deutschland. Schweden kann seine Kontrollen in bestimmten Häfen im Süden und Westen sowie an der Öresundbrücke fortsetzen. Das ebenfalls zum Schengenraum gehörende Norwegen kann seine Kontrollen in Häfen mit Fährverbindungen nach Schweden, Deutschland und Dänemark aufrechterhalten.

■ [Kontrollen im Schengen-Raum](#)

## KRAFT-WÄRME-KOPPLUNG

**Förderung in Deutschland genehmigt**

Die EU-Kommission hat die deutsche Förderung für Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) genehmigt, will aber die Vergünstigungen für große Stromabnehmer eingehender untersuchen. So soll geprüft werden, ob die Ermäßigungen angemessen sind und wie sie sich auf den Wettbewerb auswirken. Das deutsche KWK-Gesetz 2016 sieht Beihilfen für neue oder modernisierte Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen vor, die nicht mit Stein- oder Braunkohle betrieben werden. Gefördert werden ferner der Neu- und Ausbau von energieeffizienten Fernwärme- und Fernkältenetzen sowie der Bau und die Nachrüstung von Wärme- und Kältespeichern.

Die Regelung werde die Energieeffizienz und die Integration des KWK-Stroms in den Strommarkt verbessern sowie die CO<sub>2</sub>-Emissionen verringern, begründete die Kommission ihre Genehmigung der Subventionen. Genauer untersuchen will sie aber, ob auch die Ermäßigungen bei der KWK-Umlage für Kunden mit hohem Jahresverbrauch und für energieintensive Industrieunternehmen mit den EU-Beihilfavorschriften vereinbar sind. Das könne der Fall sein, wenn es die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gegenüber internationaler Konkurrenz sichert. Die KWK-Umlage wird als Aufschlag auf die Stromnetzentgelte erhoben. Sie beträgt 0,445 Cent je Kilowattstunde im Jahr 2016.

■ [Prüfung der KWK-Umlage](#)

## KAMPF FÜR FREIHEIT

**Sacharow-Preis für jesidische Menschenrechtsaktivistinnen**

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz und die Fraktionsvorsitzenden im Europäischen Parlament haben am 27. Oktober entschieden, dass in diesem Jahr die jesidischen Menschenrechtsaktivistinnen Nadia Murad Basee Taha und Lamiya Aji Bashar mit dem Sacharow-Preis für geistige Freiheit ausgezeichnet werden. Durch die Ehrung der beiden Menschenrechtsaktivistinnen „zeigen wir, dass deren Kampf nicht vergeblich war und dass wir bereit sind, uns aktiv zu engagieren, um diese mutigen Frauen zu unterstützen bei dem Kampf gegen die Not und vor allen Dingen gegen die Brutalität und den Terror des Islamischen Staates (IS), denen immer noch so viele Menschen ausgesetzt sind“, sagte Schulz.

Nadia Murad und Lamiya Aji Bashar konnten fliehen und machen jetzt auf das Schicksal von Frauen aufmerksam, die Opfer sexueller Versklavung wurden. „Sie konnten nach Europa entkommen und haben in unserer Mitte Schutz gefunden“, erklärte Schulz. Der Preis ist nach dem Friedensnobelpreisträger Andrei Sacharow benannt und mit 50.000 Euro dotiert. Mit dem Preis zeichnet das Parlament seit 1988 jedes Jahr Menschen und Organisationen aus, die sich in besonderer Weise für Menschenrechte eingesetzt haben. Die Preisverleihung findet am 14. Dezember in Straßburg statt.

■ [Sacharow-Preis 2016](#)

## Mit konkreten Maßnahmen das Leben der Menschen verbessern



„Konkrete Maßnahmen, die das Leben der Menschen verbessern“, stellt Jean-Claude Juncker 2017 in den Mittelpunkt der Kommissionsarbeit.

Im kommenden März wird der 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Verträge von Rom zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften gefeiert. Die EU-Kommission möchte, dass die Europäische Union dieses Jubiläum geeint begeht, mit einer „positiven Tagesordnung“, wie es Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker formulierte. Die Kommission hat deshalb ein Arbeitsprogramm für 2017 präsentiert, das ganz auf die Verwirklichung der zehn politischen Prioritäten der Juncker-Kommission ausgerichtet ist. „Wir konzentrieren uns auf die wichtigen Dinge, auf konkrete Maßnahmen, die das Leben der Menschen verbessern“, erklärte der Kommissionspräsident.

> Damit die Vorhaben auch möglichst rasch verwirklicht werden können, sucht die Kommission bei der Aufstellung ihres Arbeitsprogramms stärker als bisher den Schulterchluss mit Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament. Schon der Präsentation des auf 21 „Schlüsselinitiativen“ aufgebauten Programms sind Konsultationen mit Parlament, Rat, Europäischem Sozialausschuss und Ausschuss der Regionen vorausgegangen. In den Kernbereichen sucht Juncker aber noch nach einem weiter reichenden Konsens. „In den kommenden Wochen werde ich – zusammen mit dem Europäischen Parlament und dem Rat – eine Reihe politisch besonders bedeutsamer Initiativen auswählen, die im Gesetzgebungsprozess in den kommenden Monaten Vorfahrt haben sollen“, sagte der Kommissionspräsident. Ziel sei es, die Prioritäten in einer gemeinsamen Erklärung der drei EU-Institutionen festzuhalten.

### 21 Schlüsselinitiativen geplant

Nach jeweils 23 Schlüsselinitiativen in den beiden Vorjahren listet das Arbeitsprogramm 2017 nun 21 auf. Zwischen 2009 und 2014 haben die Arbeitsprogramme im Schnitt 130 Initiativen umfasst. Im kommenden Jahr sollen viele bereits vorgelegte Strategien umgesetzt und weiterverfolgt werden, heißt es. Das gilt etwa für den Aufbau des digitalen Binnenmarkts, der Kapitalmarktunion, eines Kreislaufwirtschafts-systems, einer Sicherheitsunion sowie für die Migrations-, Verteidigungs- und Partnerschaftsagenda zur Entwicklung der Beziehungen zu Drittstaaten in aller Welt.

Geplant sind 2017 weitere Vorschläge zur Stärkung und Vertiefung der Währungsunion und zum Aufbau einer „Europäischen Säule sozialer Rechte“. Reformvorschläge kündigt die Kommission zudem für das Verfahren zum Erlassen von Detail- und Durchführungsvorschriften und für die mittelfristige EU-Finanzplanung an. Im Arbeitsprogramm enthalten sind ferner weitere Initiativen zur „faireren Besteuerung von Unternehmen“, zur Umsetzung der EU-Weltraumstrategie und zur Stärkung der Handelsschutzinstrumente.

Weiterhin strebt die Kommission ein „vernünftiges und ausgewogenes“ Handelsabkommen mit den USA an. Dieses bleibt auf der Agenda für 2017 – Partner dafür wäre dann eine neue Regierung in Washington. Allgemein soll die bereits vorliegende Strategie „Handel für Alle“ für faire Handelsbeziehungen umgesetzt werden. Andere Schlüsselinitiativen im kommenden Jahr sind eine EU-Strategie für Syrien, eine neue „Jugendinitiative“ und ein weiteres „Datenschutzpaket“. Im Rahmen des Aufbaus einer Energieunion sind Vorstöße zur Verminderung der Schadstoffemissionen im Verkehr geplant.

### Überflüssige Gesetze sollen wegfallen

Im Rahmen des REFIT-Programms für bessere Rechtssetzung und Bürokratieabbau sollen 19 anhängige Gesetzesvorschläge zurückgezogen werden, die als „hinfällig“ angesehen werden, und 16 als „überholt“ eingestufte EU-

Gesetze sollen abgeschafft werden. 18 andere Vorschriften sollen im Zuge von REFIT überarbeitet werden, um sie zu verbessern. Bei grenzüberschreitenden Zahlungen in der EU, besonders aus und nach Nicht-Euro-Staaten, strebt die Kommission etwa eine stärkere Offenlegung der Kosten und eine Verringerung der Gebühren an. Um die Grenzen besser zu schützen, soll das Schengen-Informationssystem verbessert werden. Außerdem will die Kommission unter anderem Vorschriften zum Schutz von Kunden im Verbraucherrecht anpassen. (frh) >

### Arbeitsprogramm 2017

#### Reformarbeiten mitverfolgen

Beim REFIT-Programm zur besseren Rechtssetzung hat die EU-Kommission Vorschläge von Bürgern, Interessensvertretern und dem beratenden Expertengremium „REFIT-Plattform“ aufgegriffen. Dieses hat bisher 22 Stellungnahmen abgegeben, etwa zum Datenschutz in der elektronischen Kommunikation, zur Regulierung von Chemikalien, zu Finanzdienstleistungen, Gesundheits- und Lebensmittelvorschriften, zur EU-Agrar- und -Kohäsionspolitik und zu Mehrwertsteuervorschriften. Der Umgang mit diesen Ratschlägen soll über ein „REFIT-Scoreboard“ öffentlich verfolgt werden können.

## MEHR WETTBEWERBSORIENTIERUNG

## EU-Kommission ändert Auflagen für Gazprom-Pipeline

Die EU-Kommission hat die Regeln für die Nutzung der OPAL-Gaspipeline verschärft, um einen transparenten, diskriminierungsfreien Zugang für alle Gasunternehmen sicherzustellen. Die OPAL-Pipeline transportiert russisches Gas aus der Ostseepipeline Nord Stream 1 von Greifswald nach Tschechien und verbindet die Ostseepipeline mit dem europäischen Erdgas-Fernleitungsnetz. Ein wettbewerbsorientierter EU-Gasmarkt, in dem Energieunternehmen frei Handel treiben können und leicht Zugang zu Pipelines haben, ist für eine sichere und erschwingliche Energieversorgung von entscheidender Bedeutung.



> Mit dem Beschluss stellt die Kommission sicher, dass Wettbewerber der in Tschechien marktbeherrschenden Gasversorger Gazprom und RWE einen besseren Zugang zu OPAL erhalten. Die Bundesnetzagentur ist an den Beschluss der Kommission gebunden und muss die in der Vereinbarung mit Gazprom bisher vorgesehenen Ausnahmen vom EU-Wettbewerbs- und Energierecht anpassen.

Im EU-Recht ist verankert, dass Pipelinebetreiber auch Konkurrenten Zugang zu ihrer Infrastruktur gewähren müssen. Um Baukosten wieder zu erwirtschaften, können sie aber befristet von dieser Verpflichtung freigestellt werden. Die OPAL-Pipeline wurde 2009 von den Bestimmungen über den Netzzugang Dritter ausgenommen.

Um jedoch den wirksamen Wettbewerb auf den Erdgasmärkten in der Tschechischen Republik sicherzustellen, durften Unternehmen mit beherrschender Stellung auf einem der tschechischen Gasmärkte (dazu gehörten Gazprom und RWE) nur dann mehr als die Hälfte der Pipelinekapazität buchen, wenn sie ein „Gasfreigabeprogramm“ umsetzten, also Gas zu von der Regulierungsbehörde festgelegten Bedingungen verkauften. Ein solches Programm wurde nie umgesetzt, und folglich blieb ein erheblicher Teil der Pipeline-Kapazität ungenutzt.

Im Mai dieses Jahres informierte die Bundesnetzagentur die Europäischen Kommission darüber, die Auflagen abändern zu wollen. Demnach sollten 4 Prozent der regulierten Pipeline-

Kapazität für Wettbewerber reserviert werden, bei genügend Nachfrage 8 Prozent.

Der Kommission ging dies aber nicht genug, sie setzt daher Nachbesserungen durch. So sollen zunächst 10 Prozent für Wettbewerber reserviert werden. Werden mindestens 90 Prozent davon tatsächlich gebucht, soll der Anteil im nächsten Jahr auf 15 Prozent steigen, werden auch davon mindestens 90 Prozent nachgefragt, wären es im Folgejahr 20 Prozent.

Unternehmen, die eine marktbeherrschende Stellung in der Tschechischen Republik innehaben oder mehr als 50 Prozent des in Greifswald ankommenden Erdgases kontrollieren, können Gebote nur zum Basispreis abgeben. Der Basispreis darf den durchschnittlichen Preis für vergleichbare Kapazität auf anderen Pipelines nicht übersteigen. Um den Wettbewerb anzukurbeln, will die Kommission zudem die Leitungstarife für neue Wettbewerber gegenüber

dem Status Quo senken. Zudem behält sie sich eine Revision ihrer Entscheidung vor, falls die Nachfrage die 20 Prozent übersteigen sollte.

Unabhängig von den Auflagen für die OPAL-Pipeline läuft seit 2012 ein EU-Kartellverfahren gegen den russischen Staatskonzern Gazprom. Die EU-Wettbewerbsaufsicht wirft dem Unternehmen den Missbrauch seiner marktbeherrschenden Stellung in acht mittel- und osteuropäischen Ländern vor – Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, in Tschechien und Ungarn.

### Gazprom bietet Verpflichtungszusagen an

Nach einem Treffen mit dem stellvertretenden Gazprom-Chef Alexander Medwedew Ende Oktober sagte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager, der Konzern habe angekündigt, Verpflichtungen anbieten zu wollen, um den Bedenken Rechnung zu tragen. Solche Verpflichtungen müssten sicherstellen, dass „Einschränkungen, Gas grenzüberschreitend weiterverkaufen zu dürfen, ein für alle Mal wegfallen“, unterstrich Vestager.

Außerdem dürfe es keine überhöhten Preise in den betreffenden Ländern mehr geben. „Es ist entscheidend für die Menschen in der EU, dass sie zu konkurrenzfähigen Gaspreisen ihre Wohnungen heizen und ihre Unternehmen betreiben können“, sagte sie. Sobald Gazprom Angebote mache, würden diese Konkurrenten und Verbrauchern zur Begutachtung vorgelegt. (frh) >

■ *Nutzung der OPAL-Gaspipeline*

### Verbraucher profitieren

Die zusätzlichen Bedingungen, die in den Beschluss der Kommission aufgenommen wurden, ergeben sich aus den jüngsten Marktentwicklungen – Steigerung des grenzüberschreitenden Handels in Mitteleuropa und größere Liquidität auf den Märkten. Da durch ihn sichergestellt wird, dass alle Unternehmen Zugang zu der Pipeline haben, ermöglicht er eine Weiterentwicklung der wettbewerbsorientierten Gasmärkte zum Vorteil der europäischen Verbraucher.

## Die Chancen der Daten aus dem All nutzen



Mit Hilfe der von Satelliten zur Erde gefunkten Signale können innovative Unternehmen neue Anwendungen und Dienstleistungen entwickeln.

> Die Kommission will dabei für die richtigen Rahmenbedingungen sorgen. So sollen beispielsweise neue Chipsätze für Mobiltelefone und andere Empfangsgeräte mit den Satellitennavigationssystemen Galileo und EGNOS kompatibel sein. Längerfristig soll der Einsatz von Weltraumdaten durch Standards und Zukunftsstrategien wie die Entwicklung autonomer und vernetzter Autos oder ziviler Drohnen gefördert werden. „Wenn Apps in Zukunft das europäische Satellitensignal Galileo nutzen und selbstfahrende Autos satellitenbasiert funktionieren, hat das Engagement der Europäischen Union im Weltall einen milliardenschweren Mehrwert“, kommentierte die SPD-Europaabgeordnete Constanze Krehl die Vorschläge.

Start-ups, die sich der Nutzung von Daten aus dem All widmen, sollen finanziell unterstützt werden, etwa aus dem geplanten Risikokapitalfonds und dem Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI). Um die Aktivitäten der Industrie zu bündeln, sollen Plattformen geschaffen werden – Foren, auf denen sie zusammenarbeiten können.

### Eine Chance für Ariane 6

Aus dem EU-Haushalt werden im laufenden Finanzierungszeitraum 2014 bis 2020 über 12 Mrd. Euro in Weltraumprojekte investiert. In den kommenden 10 bis 15 Jahren sollen über 30 Satelliten für Galileo und Copernicus gestartet werden. Die Kommission sieht in diesem Zusammenhang eine Chance für die wirtschaftliche Rentabilität künftiger in Europa gebauter Trägerraketen wie der Ariane 6.

Mit Blick auf das Erdbeobachtungssystem Copernicus will die Kommission technische Hürden abbauen, die dem vollständigen Zugang zu den Daten im Weg stehen. Der private Sektor werde Weltraumlösungen nur nutzen und in sie investieren, wenn er sich darauf verlassen könne, dass die gelieferten Daten auch in Zukunft verfügbar sein werden, heißt es in der Strategie.

### Satelliten vor Weltraumschrott schützen

Die Kommission schlägt auch eine Initiative zum Schutz von Satelliten vor Weltraumschrott und Cyberattacken vor. Nicht zuletzt verfolgt sie mit der Weltraumstrategie auch verteidigungspolitische Ziele. Hierzu wird eine „GovSatCom-Initiative“ angekündigt, um Satellitenkommunikationsdienste für EU- und nationale Behörden sicherzustellen. Dies soll in Zusammenarbeit mit der Europäischen Verteidigungsagentur und der Europäischen Raumfahrtagentur (ESA) erfolgen.

Die Branche reagierte positiv. „In Zeiten, in denen der Raumfahrtsektor vor tiefgreifenden Veränderungen steht, benötigen und unterstützen wir eine starke europäische Raumfahrtstrategie, die die Missionen Galileo, EGNOS und Copernicus einschließt – als Weiterführung des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizont 2020 für den Bereich Weltraum – ebenso wie neue umfassende Programme zur Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum (Space Surveillance and Tracking - SST) und zur sicheren Satellitenkommunikation für Regierungskunden (GovSatcom)“, erklärte Nicolas Chamussy, Leiter von Space Systems bei Airbus.

Die Raumfahrtspolitik soll mehr zu Wachstum und Beschäftigung in der EU beitragen. Dazu müssten die Daten aus dem All allerdings besser kommerziell genutzt werden, so die EU-Kommission in ihrer jetzt präsentierten „Weltraumstrategie für Europa“. Sie setzt vor allem auf Start-ups, die neue Anwendungen und Dienste entwickeln sollen. Damit die Raumfahrt eine Schlüsselbranche für Europa bleibt, seien mehr private Investitionen erforderlich, erklärte EU-Industriekommissarin Elżbieta Biedrka. „Deshalb will ich der Industrie, den Start-ups und den Investoren deutlich machen, welche Bedeutung die Raumfahrt hat und dass wir uns dort dauerhaft engagieren müssen“, sagte sie.

Der europäische Branchen-Dachverband Eurospace bewertete die Weltraumstrategie als „Eckpfeiler“, da die Kommission klar erkannt habe, dass der Weltraum „eine engagierte, allumfassende EU-Strategie verdient“. Jetzt soll mit Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament über die Weltraumvision beraten werden.

Die europäische Satellitenherstellung macht laut Kommission 33 Prozent des offenen Weltmarkts aus. Die Raumfahrtbranche beschäftigt über 230.000 Fachkräfte. Das Marktvolumen belief sich 2014 auf 46 bis 54 Mrd. Euro, was etwa 21 Prozent des globalen Weltraumsektors ausmacht.

### Technologiemotor für Deutschland

In Deutschland ist die Luft- und Raumfahrtindustrie laut Bundeswirtschaftsministerium zwar eine vergleichsweise kleine industrielle Branche, aber ein „Technologie- und Konjunkturmotor“. Sie verbinde fast alle Hochtechnologien des Informationszeitalters: Elektronik, Robotik, Mess-, Steuer-, Werkstoff- und Regeltechnik. „Die daraus resultierenden Innovationen haben den Computerbau wesentlich beflügelt und finden auch Anwendung in vielen anderen Industriezweigen“, so das Ministerium. Beispiele sind Mobilfunksysteme, Navigationssysteme in Autos, Live-Übertragungen von sportlichen und politischen Großereignissen, Videokonferenzen mit Menschen in fernen Ländern oder globale Umwelt- und Klimaforschung. (ste/fra) >

■ Europäische Weltraumstrategie

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 07.11.2016 11.00–12.30 Uhr	„Der Haushaltsentwurf 2017 der Europäischen Union“ EP-Berichterstatter im Dialog <b>Veranstalter:</b> Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland	Europäisches Parlament Informationsbüro in Deutschland Unter den Linden 78 <b>10117 Berlin</b>	www.netzwerk-ebd.de/ termine/ebd-berichterstatter- im-dialog-jens-geier-mdep- zu-eu-haushalt-2017/
> 08.11.2016 18.30–21.30 Uhr	„Bürgergespräch über Europäische Werte“ Diskussionsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten	Hessischer Landtag Zugang Grabenstraße <b>65183 Wiesbaden</b>	https://staatskanzlei.hessen. de/berlin-europa/hessen- europa/oeffentlichkeitsarbeit/ ueber-die-europolitische
> 09.11.2016 19.00 Uhr	„Europa-Rede von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker“ Vortrag <b>Veranstalter:</b> Konrad-Adenauer-Stiftung	Allianz Forum Pariser Platz 6 <b>10117 Berlin</b>	www.kas.de/wf/ de/17.70501/
> 10.11.2016 18.00 Uhr	„Geflüchtete und Fluchtursachen: Was unternimmt die EU und was haben wir damit zu tun?“ Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Justiz- und Europa-Ministerium Brandenburg	Rathaus Neuruppin Karl-Liebknecht-Straße 33/34 <b>16816 Neuruppin</b>	www.europatermine.de/ termine/datum/2016/novem- ber/10/termin/tag.html
> 10.11.2016 18.30 Uhr	„Europas Grenzen - Wir müssen reden!“ Bürgerdialog <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Deutschland e.V.	Regierungspräsidium Freiburg Bissierstraße 7 <b>79114 Freiburg im Breisgau</b>	www.kulturforum-freiburg. de/veranstaltungen
> 15.11.2016 19.30–21.30 Uhr	„Europa und der Islam“ Europa-Dialog <b>Veranstalter:</b> Europa-Union, Landeshauptstadt Wiesbaden/Rheingau-Taunus	Villa Clementine Wilhelmstraße 19 <b>65191 Wiesbaden</b>	www.europatermine.de/ termine/datum/2016/novem- ber/15/termin/tag.html
> 16.11.2016 13.00–15.00 Uhr	„Freihandel. Von der EG über die Welthandelsorganisation bis zu TTIP“ Informationsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt	Liborius-Gymnasium Rabestraße 19 <b>06844 Dessau-Roßlau</b>	www.kas.de/sachsen-anhalt/ de/events/70125/
> 16.11.2016 14.30–20.00 Uhr	„Horizont 2020.NRW – Erfolge im Blick. Status und Vorschau zum EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation“ Konferenz <b>Veranstalter:</b> ZENIT GmbH / Enterprise Europe Network für Nordrhein-Westfalen NRW.Europa	Rheinterrasse Joseph-Beuys-Ufer 33 <b>40479 Düsseldorf</b>	http://nrw.enterprise-europe- germany.de/veranstaltun- gskalender/show/details- 4159,m-11,t-16,y-2016.html
> 17.11.2016 18.00–19.30 Uhr	„Europa und Afrika – eine für beide Seiten vorteilhafte Beziehung?“ Diskussion <b>Veranstalter:</b> Europe Direct-Informationszentrum Köln	Forum Volkshochschule im Museum Cäcilienstraße 29-33 <b>50667 Köln</b>	www.ize-koeln.de/de/ component/jem/event/249- europa-und-afrika-eine-fuer- beide-seiten-vorteilhafte- beziehung.html
> 17.11.2016 19.00–22.00 Uhr	„Finanz- und Schuldenkrise in Europa. Bleibt der Euro stabil?“ Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt	Palais S Ankerstraße 3c <b>06108 Halle (Saale)</b>	www.europatermine.de/ termine/datum/2016/novem- ber/17/termin/tag.html

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de)

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski  
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89  
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holz-  
herkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwort-  
lich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem  
Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner  
Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender  
Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

## 20 JAHRE EUROPÄISCHER FREIWILLIGENDIENST

**Im Freiwilligendienst kulturelle Brücken in Europa bauen**

Seit 20 Jahren bietet der Europäische Freiwilligendienst jungen Menschen in der EU die Chance, sich in anderen Ländern zu engagieren, Menschen dort zu helfen und dabei gleichzeitig neue Kulturen und Freunde kennenzulernen. „Wer als Freiwilliger arbeitet, der lebt jeden Tag europäische Werte. In den vergangenen 20 Jahren sind so schon etwa 100.000 junge Menschen dank des Europäischen Freiwilligendienstes zu Botschaftern der europäischen Idee geworden“, unterstrich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Glückwunschsbotschaft zum „Geburtstag“. Er bedankte sich bei allen bisherigen Programmteilnehmern. Über das Angebot des Freiwilligendienstes und offene Stellen kann man sich im Europäischen Jugendportal informieren.

Seit 20 Jahren bietet der Europäische Freiwilligendienst jungen Menschen in der EU die Chance, sich in anderen Ländern zu engagieren, Menschen dort zu helfen und dabei gleichzeitig neue Kulturen und Freunde kennenzulernen. „Wer als Freiwilliger arbeitet, der lebt jeden Tag europäische Werte. In den vergangenen 20 Jahren sind so schon etwa 100.000 junge Menschen dank des Europäischen Freiwilligendienstes zu Botschaftern der europäischen Idee geworden“, unterstrich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Glückwunschsbotschaft zum „Geburtstag“. Er bedankte sich bei allen bisherigen Programmteilnehmern. Über das Angebot des Freiwilligendienstes und offene Stellen kann man sich im Europäischen Jugendportal informieren.

■ [Europäisches Jugendportal](#)

## EUROPASS WIRD MODERNISIERT

**Neue Möglichkeiten zur Präsentation von Qualifikationen**

Über 60 Millionen Mal haben Europäerinnen und Europäer in den vergangenen zehn Jahren einen Europass-Lebenslauf ausgefüllt und damit die Möglichkeit genutzt, ihre Fähigkeiten und Qualifikationen ausführlich und standardisiert in einer im Inland und EU-Ausland verständlichen Weise zu präsentieren. Die EU-Kommission will das Instrument Europass, zu dem auch weitere Standarddokumente wie Zeugniserläuterungen, Fremdsprachennachweis nach einheitlichen Kriterien oder Mobilitätsnachweis gehören, nun modernisieren und an neue Kommunikationstechnologien anpassen.



Außerdem soll der Europass mit anderen Informationsquellen verknüpft werden, etwa dem EURES-Jobportal mit Arbeitsplatzangeboten aus anderen Mitgliedstaaten oder mit Informationen über die in der EU am häufigsten gefragten beruflichen Fähigkeiten. „Diejenigen, die sich die richtigen Kompetenzen aneignen, können ihr Potenzial als selbstbewusste, aktive Bürgerinnen und Bürger in einer Arbeitswelt im Wandel voll ausschöpfen“, sagte EU-Arbeits- und Sozialkommissarin Marianne Thyssen.

■ [Neuer Europass](#)

## EU-BILDUNGSPROGRAMM ERASMUS+

**Förderanträge für 2017 können eingereicht werden**

Private und öffentliche Organisationen, die im kommenden Jahr Fördermittel aus dem EU-Programm für Bildung, Jugend und Sport „Erasmus+“ erhalten möchten, können ab sofort ihre Projektanträge einreichen. Für 2017 könnten 2,5 Mrd. Euro zur Verfügung stehen, das wären 13 Prozent mehr als in diesem Jahr. „Vor seinem 30. Jubiläum im nächsten Jahr erhöht Erasmus+ das Tempo und bietet mehr Chancen für Menschen und Projekte als jemals zuvor“, sagte EU-Bildungskommissar Tibor Navracsics.

Erasmus+ fördert Auslandsaufenthalte von Studierenden, Berufsschülern und Auszubildenden, Lehrkräften, Ausbildern und Jugendbetreuern. Auch Mittel für den Austausch von Sportgruppen und die Modernisierung von Bildungssystemen, Kinder- und Jugendhilfe gibt es. Neu ist das „Europäische Solidaritätskorps“, über das junge Menschen die Chance bekommen sollen, in der EU bei der Bewältigung von Naturkatastrophen, der Bekämpfung von Armut, Integration von Flüchtlingen oder ähnlichen Herausforderungen zu helfen. In Deutschland setzen vier nationale Agenturen das Programm Erasmus+ um. Dort gibt es auch weitere Informationen über die Fördermöglichkeiten.

■ <http://ec.europa.eu/>

## NEUE INFORMATIONSQUELLE

**EU-Kommission stellt Daten zur Raumplanung bereit**

Alle, die sich mit Politik, Raumplanung und Gestaltung in Regionen, Städten und Gemeinden der EU beschäftigen, können eine neue Informationsquelle nutzen. Das Gemeinsame Forschungszentrum (Joint Research Centre – JRC) der EU-Kommission trägt relevante Daten etwa von Eurostat, nationalen Statistikämtern und OECD zusammen, bereitet sie nutzerfreundlich auf und stellt sie Entscheidungsträgern und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung. Knowledge Centre for Territorial Policies heißt das neue Angebot im Internet. Dieses eröffnet den Zugang zu einer Fülle von Daten „und koordiniert Informationen, die Europas Städten und Regionen helfen werden, Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen“, sagte der unter anderem für das JRC zuständige EU-Kommissar Tibor Navracsics.

Zu den abgedeckten Themen gehören etwa Bevölkerungsentwicklung, soziale Indikatoren, Verkehr, Energie, Wirtschaft, Luftqualität und andere Umweltdaten sowie Angaben zur Landnutzung. Das neue Zentrum kümmert sich um die Aufbereitung der Daten, zum Beispiel durch elektronische Karten und Tabellen, und soll künftig auch eigene Untersuchungen machen.

■ [Knowledge Centre for Territorial Policies](#)